

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 565

Mittwoch, 03. September 2014

21. Jahrgang

### Vom Umgang mit Orthodoxie in Sololá

*Nach Angaben des Jüdischen Kongresses Lateinamerikas gibt es etwa 1.172 JüdInnen in Guatemala, die hauptsächlich in der Jüdischen Gemeinde organisiert sind. Schlagzeilen macht aktuell die Gruppe „Toiras Jesed“, die sich vor sechs Jahren in San Juan La Laguna, Departement Sololá, niederliess, aber nun nach einem über sechs Monaten schwelenden Konflikt vom Rat der Ältesten und dem Gemeinderat aus dem Dorf verwiesen wurde. Während die eine Seite der jüdischen Sekte Missachtung der Maya-Kultur und Kindesmisshandlung vorwirft, sprechen jüdische Medien von einem Fall des Antisemitismus und Rassismus von Seiten der DorfbewohnerInnen.*

*In folgenden versucht ¡Fijáte! beide Seiten zu Wort kommen zu lassen. Ohne diesen Fall aufbauschen zu wollen, lässt sich diese Geschichte doch auch als ein Lehrstück über ein prinzipielles Unverständnis gegenüber der Kultur von Anderen interpretieren, das durch interkulturelle Gespräche nicht (ausreichend) abgebaut werden konnte.*

#### **Die Sicht der BewohnerInnen von San Juan La Laguna**

Mitglieder des Ältestenrates von San Juan sagten, ihr Ort sei eine geschlossene Gemeinde, die dafür kämpfe, den Frieden und eine soziale Harmonie zu erhalten, und dass aber jene Familien, die jüdischen Glaubens seien, in sozialen Netzwerken und Medien verbreitet hätten, sie seien im Dorf regelrecht verfolgt worden. Die jüdisch-orthodoxe Gruppe, unter denen sich – neben vielen Nicht-Guatemaltekinnen – auch der Guatemalteke José Misael Santos Villatoro befindet, hätten die BewohnerInnen San Juans als rassistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und terroristisch bezeichnet und damit grosse Unruhe unter den DorfbewohnerInnen hervorgerufen. Zugleich habe die Sekte versucht, das Denken und die Kultur der Bevölkerung zu verändern, weswegen auch diese die jüdischen Heranwachsenden, die zu Toiras Jesed gehörten, öffentlich des Rassismus bezichtigen. Das betraf insbesondere Santos Villatoro. Hintergrund sei, dass die Gruppe einige Praktiken vollzogen habe, die sich gegen ein gesundes Zusammenleben in San Juan gerichtet hätten, etwa dass sie den Gruss der DorfbewohnerInnen nicht erwiderten und mit ihnen nicht redeten. Die BewohnerInnen von San Juan La Laguna warfen der jüdischen Gruppe anmassendes Verhalten sowie die Nichteinhaltung von örtlichen Regeln vor.

Zudem habe Moisés Beer, Mitglied der Jüdischen Gemeinde Guatemalas, bei einem Besuch in dem Ort gesagt, dass diese Sekte mit seiner Organisation nichts zu tun habe und von dieser auch nicht anerkannt werde. Das gleiche sagte Dietrich Gantenbein, ein Nachbar jüdischen Glaubens. Dieser wohnt bereits seit acht Jahren in San Juan und er habe niemals eine diskriminierende Handlung von den BewohnerInnen erlebt. Aufgrund der wiederholten Forderungen aus der Gemeinde und des Missmutes gegenüber den Aktivitäten und Verhaltensweisen der Toiras Jesed habe die Gemeinde schliesslich den Ausweisungsbeschluss getroffen und die jüdische Gemeinschaft unverzüglich darüber informiert.

#### **Der Beginn der Konflikte im April/Mai**

Bereits im Mai wurde in den Medien darüber berichtet, dass sich Missmut gegenüber den Orthodoxen breit gemacht habe, was sich auch an der für die Sanjuaneros befremdlichen, ja Misstrauen erregenden, schwarzen Kleidung der Männer und der Verschleierung der Frauen festmachte. Männer würden in einem Ritual nackt im Atitlan-See baden, ohne jedoch ent-

#### **Inhaltsverzeichnis**

<a href="#">Vom Umgang mit Orthodoxie in Solola.....</a>	<a href="#">1</a>
<a href="#">Internationale Hilfe wegen Ernteverlust erbeten.....</a>	<a href="#">3</a>
<a href="#">Proteste gegen das Gesetz über die Privatisierung von Samen.....</a>	<a href="#">4</a>
<a href="#">Das Ende der Internationalen Adoptionen.....</a>	<a href="#">5</a>
<a href="#">Waldemar Lorenzana bekennt sich des Drogenhandels schuldig.....</a>	<a href="#">6</a>
<a href="#">Mit dem nächsten Heft wird ¡Fijáte! 20!.....</a>	<a href="#">6</a>

sprechende hygienische Massnahmen zu treffen. Zudem habe jede Familie mindestens zehn Kinder und sie redeten mit niemanden. Wenn jemand versuche, sie anzusprechen, verhielten sie sich mürrisch.

Am 29. April hat es bereits eine Sitzung im Gemeinderat gegeben sowie erste Vermittlungsgespräche zwischen der Gemeinde und den jüdischen MitbewohnerInnen, geleitet von Salvador Loarca vom Büro des Menschenrechts-Ombudsmann in Sololá. Danach hätten sich die Mitglieder von Toiras Jesed bereit erklärt, die Normen und Gesetze von San Juan La Laguna zu respektieren. Es habe allerdings – so sagte Loarca – niemals irgendwelche Verstösse gegen Gesetze gegeben.

#### Warum erst jetzt nach fünf Jahren?

Die Frage, warum erst nach fünf Jahren diese Spannungen aufgekommen sind, wird mit der im letzten Jahr gestiegenen Anzahl der dort wohnenden Familien erklärt. MigrantInnen aus Israel, den USA, Russland, Grossbritannien oder Bulgarien seien ins Dorf gekommen und hatten die Sichtbarkeit dieser 'anderen' Kultur erhöht. Zu den sieben Häusern, die sie gemietet hatten, kamen vier weitere, die sie mieten wollten. Die meisten von ihnen hatten eine zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigung der staatlichen Einwanderungsbehörde.

Ein weiterer Angriffspunkt bezieht sich auf eine andere Sekte namens Lev Tahor, die zuletzt hauptsächlich in Kanada gelebt hatte, im März 2014 jedoch ausgewiesen wurde und nun in San Juan Aufnahme fand. Es handelte sich um zwei Erwachsene und sechs Kinder, die laut Einwanderungsbehörde am 4. März in Guatemala einreisten. Die kanadischen Behörden hatten Anzeigen wegen körperlicher Züchtigung, Verheiratung von Kindern und Vernachlässigung gegen Vertreter von Lev Tahor ausgesprochen. Ein Gericht habe entschieden, dass der kanadische Staat die Vormundschaft über 14 Kinder hätte übernehmen sollen. Aufgrund der Dringlichkeit der kanadischen Regierung hatte die guatemaltekische Richterin Mariela Nicté de León Regil sechs der Kinder, die inzwischen in Guatemala lebten, vorgeladen, dann jedoch freigelassen, weil es keinerlei konkrete Anhaltspunkte gegeben und auch kein internationaler Auslieferungsantrag vorlegen habe.

Der Bürgermeister von San Juan sagte nach dem Beschluss vom 20. August, dass der Guatemalteke Santos Vilatoro vor Gericht gestellt werden würde, wenn die jüdische Gemeinschaft nicht gehen würde. Am 28. August verliess diese den Ort ohne eine Kontaktadresse zu hinterlassen.

#### **Die Sicht der jüdischen Sekte ...**

##### Zu jüdischen Gebräuchen

Toiras Jesed Guatemala ist Teil einer Organisation, die auf dem gesamten Kontinent präsent ist und von dem Rabbiner Avraham Goldstein geleitet wird. Ihre Bräuche haben in Guatemala zu Befremden Anlass gegeben. Dazu gehört etwa die Mikwe, das Tauchbad, das der Reinigung von ritueller Unreinheit dient. Dabei hat nichts Fremdes zwischen Haut und Wasser zu stehen, weswegen diejenigen, die gereinigt werden, eben nackt zu sein haben. Üblicherweise findet dieses Ritual in einem innerhäuslichen Mikwe (Bad) statt. Gibt es eine solche nicht, so könne dieses Ritual auch im Meer oder in einem See geschehen. Dieser Brauch wird von allen jüdischen Richtungen mehr oder minder streng vollzogen, ist also nicht auf die hier genannte orthodoxe Gemeinde beschränkt. Das ist in dieser Form sicher anders bei der Bestrafung der Kinder durch Ruten, die eben zu den Anschuldigungen wegen Kindesmisshandlung führten.

##### Zur Situation in San Juan La Laguna

Das guatemaltekische Toiras Jesed-Mitglied José Misael Santos Villatoro erklärte, dass die Gemeinschaft San Juan La Laguna als Ort ausgewählt habe, weil es ein so friedlicher Ort sei, an dem sie in Harmonie zu leben hoffte. Allerdings sei sie in jüngster Zeit das Opfer von Beschimpfungen und rassistischen und religiösen Diskriminierungen geworden. (Das vorhandene Misstrauen gegenüber der jüdischen Gemeinschaft wurde von den christlichen Pastoren bestätigt, diese seien aber nie öffentlich ausgesprochen worden). Er selbst sei vor sechs Jahren aufgrund von Anfeindungen aus Mexiko nach San Juan gekommen. Hier sei es jedoch nicht besser geworden. Der Konflikt habe begonnen, als eine Synagoge eröffnet wurde, die israelische TouristInnen und JüdInnen in das Herzland Guatemalas brachte. Sie kamen auch, um das jüdische Neujahrsfest hier zu feiern. Eine mexikanische Familie blieb für fünf Monate. Aber der Bürgermeister habe diese schliesslich ausgewiesen, um ihre „Religion zu verteidigen“. Ausserdem habe der Bürgermeister eine Art Judenregister angelegt. Offiziell sei es ein Verzeichnis der TouristInnen gewesen, die ins Land kamen, aber die jüdische Gemeinde habe das mit Vorbehalt betrachtet. Und plötzlich habe eine antisemitische Gewalt innerhalb von Wochen begonnen. Sie hätten – so sagt Santos – Bilder von Hitler auf Webseiten von jüdischen BürgerInnen der Stadt hochgeladen, manche hätten gesagt, dass sie in Krematorien gesteckt werden sollten. Im April habe eine handgreifliche Attacke stattgefunden, als angetrunkene Jugendliche im Stadtpark von San Juan drei Juden mit Steinen bewarfen und verletzten. Daraufhin habe es die erste Ratsversammlung gegeben – mit einem ersten Beschluss der Ausweisung innerhalb von 45 Tagen. Aufgrund der Vermittlung des Menschenrechtsbüros wurde dieser Beschluss ausgesetzt.

##### Die Sicht des Menschenrechts-Ombudsmanns

Das Büro des Menschenrechts-Ombudsmanns (PDH) hat stets versucht, zwischen den beiden Parteien zu vermitteln und ein friedliches Zusammenleben der Angehörigen zweier verschiedener Kulturen zu ermöglichen. Salvador Loarca von der PDH hält die Ausweisung der jüdischen Gemeinschaft für eine Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Men-

schenrechte. Gleichwohl konnte er die Ausweisung nicht verhindern und half stattdessen bei deren Durchführung.

#### Hintergrund: Die jüdischen Gemeinden in Guatemala

Es gibt in Guatemala 1.147 JüdInnen, das sind 0,007 % der guatemalteckischen Bevölkerung. Der Sprecher der Jüdischen Gemeinde in Guatemala, Moises Sabbaj, sagt, dass es eine kleine, aber aktive jüdische Gemeinde sei. Allerdings würden viele Jugendliche aus Guatemala zum Studieren nach Israel emigrieren oder aber in die USA.

Die ersten Menschen jüdischen Glaubens kamen gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus Preussen nach Guatemala, zunächst vor allem nach Quetzaltenango, Zacapa, San Marcos und Livingston sowie in die Kaffeezone. Neben dem Kaffeegeschäft handelten sie mit Stoffen und Textilien. Später aber gingen viele in die Hauptstadt, wo 1913 die Israelitische Gemeinde von Guatemala gegründet wurde. Hauptziel war der Aufbau eines jüdischen Lebensumfeldes und auch eines jüdischen Friedhofes.

Sephardische JüdInnen kamen in den 1910er und 1920er aus dem Gebiet des zerfallenden Osmanischen Reiches nach Guatemala, wo sie sich ab 1923 in der Israelitischen Gemeinde Maguén David organisierten. Die Gemeinde wollte u.a. die erste Synagoge in Guatemala bauen, was in der Zeit zwischen 1930 bis zur Eröffnung 1938 schliesslich auch gelang. Ashkenazische JüdInnen kamen ab 1920 aus Polen, Russland und dem Baltikum nach Guatemala. Sie wurden zunächst Mitglieder in der Gemeinde Maguén David, trennten sich jedoch 1941 von dieser und gründeten das Hebräische Zentrum, um eigene kulturelle Bräuche durchführen zu können.

Probleme gab es mit den staatlichen Stellen vor allem in der Zeit des Diktators Jorge Ubico. Von dessen Regierung gab es 1932 einen Ausweisungsbefehl von jüdischen StrassenhändlerInnen, der jedoch nach einer Intervention der USA nicht ausgeführt wurde. Diese Geschichte hat Avram Goldstein von der Gemeinde Toiras Jesed am 15. August auf Facebook gepostet – sicher um Parallelen zur Situation in San Juan La Laguna zu ziehen.

Ab 1933 versuchte die Israelitische Gemeinde, ihre Glaubensgeschwister in Deutschland zu unterstützen. Ubico unterband jedoch die Aufnahme verfolgter JüdInnen, auch wenn es einigen trotzdem gelang, nach Guatemala zu kommen.

Seither leben die JüdInnen in Guatemala ein ruhiges, unauffälliges Leben, vor allem in der Hauptstadt. Neben den genannten Gemeinden gibt es auch eine kleine reformierte Gruppe gibt ("Adat Israel Guatemala Judaismo Reformista") und eben kleinere Gruppen orthodoxer JüdInnen wie Toiras Jesad und Lev Tahor.

(Quellen: Prensa Libre vom 14. Mai 2014 und 22. August 2014; ContraPoder vom 28. August, Jewish Telegraph vom Juli 2014, Radio JAI, vom August 2012, AGENCIA DE NOTICIAS ENLACE JUDÍO MÉXICO vom 31. Mai 2014, Homepage des Jüdischen Kongresses Lateinamerika, Facebook-Seiten von Toiras Jesad, Wikipedia-Eintrag zu Mikwe.)

## **Internationale Hilfe wegen Ernteverlust erbeten**

**Guatemala, 26. Aug.** Der Präsident Otto Pérez Molina und die Vizeamtsträgerin Roxana Baldetti trafen sich kürzlich mit VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft mit dem Ziel Unterstützung für diejenigen Familien zu erbeten, die von der grossen Trockenheit und dem damit verbundenen Ernteverlust betroffen sind. Die Hitzewelle dauerte knapp zwei Monate an und hat erhebliche Folgen für Tausende von Personen gehabt

An dem Treffen nahmen BotschafterInnen aus Kooperationsländern teil, sowie RepräsentantInnen von internationalen Organisationen und BeamtenInnen der Regierung, darunter Luis Monterroso, Chef des Sekretariats für Nahrungsmittelsicherheit (SESAN).

Offizielle Daten geben an, dass die Hitzeperiode mehr als 1,2 Millionen BewohnerInnen aus 16 Departements betroffen hat. Die Regierung versprach ihnen, Nahrungsmittel und technische Unterstützung für den erneuten Anbau zur Verfügung zu stellen. Um diese Situation anzugehen, rief die Exekutive am 25. August den Notstand aus, der nun 30 Tage andauern wird. Das erlaubt während dieser Zeit Güter und Dienste zu veranschlagen, ohne dass diese beantragt worden waren.

Das Regierungsabkommen beinhaltet weiterhin, dass der Aussenminister, Fernando Carrera, sich um die Verwaltung internationaler humanitärer Hilfe kümmern werde. Die erste fremde Hilfe in diesem Notstand kam von der kanadischen Regierung. Deren Botschafter gab in der vorangegangenen Woche bekannt, dass seine Regierung 7,1 Millionen Quetzales (etwa 900.000 US-Dollar) spenden werde.

Nach Schätzungen der Regierung werden allerdings mehr als 500 Millionen Quetzales (etwa 48 Mio. Euro) benötigt, um die Nahrungsmittelsicherheit der mehr als 200.000 Familien zu gewährleisten. Die Gelder werden vom Landwirtschaftsministerium und vom SESAN kommen. Der Finanzminister suche gleichzeitig nach Möglichkeiten, Gelder aus anderen Abteilungen umzuleiten.

Hilfe kam bereits in der Woche vom 18. August in Form von Spenden von Mais und Bohnen sowie Protein- und Vitamin-reichen Getränken, die in den Departments Chiquimula und El Progreso ausgeteilt wurden. Man hofft, dass diese

Hilfen bis März 2015 andauern werden. (Cerigua).

## **Proteste gegen das Gesetz über die Privatisierung von Samen**

**Guatemala, 19. Aug.** Die Proteste gegen das Gesetz über den Schutz der Pflanzenerzeugung (sog. Monsanto-Gesetz) wächst in verschiedenen Bereichen. Grund dafür ist die Tatsache, dass dieses Gesetz, sollte es verabschiedet werden, festlegt, dass KleinbäuerInnen und indigene Gemeinschaften in Zukunft für das Recht Samen zu setzen, die sie ihr Leben lang genutzt haben, bezahlen müssten.

Die KritikerInnen des Gesetzes befürchten eine erneute Krise der Nahrungsmittelsicherheit der Bevölkerung, die Kriminalisierung der BäuerInnen und, in extremen Fällen, soziale Konflikte, da den KleinproduzentInnen der Zugang zu den Hauptquellen der Nahrungsmittel des Landes verboten wäre.

Magaly Arrecis, Expertin auf dem Gebiet Umwelt und Gesellschaft des Instituts für die Erforschung der Nationalen Probleme der Universität San Carlos, erklärte, dass das Gesetz „den BesitzerInnen der Samen, also hauptsächlich den internationalen Firmen, die das Material genetisch verändern, zu Gute kommt.“ Sie sagte weiter, dass diese Gesetz die Produktion der KleinbäuerInnen in Gefahr bringen würde. Vor allem der Fortbestand des Anbaus von Mais und Bohnen sei beeinträchtigt, denn es sei schwierig zu kontrollieren, ob und wie der Anbau patentierter Samenarten sich ausbreitet. „Denn es gibt ein natürliches System der Verbreitung von Samen, durch Wind, Tiere und Wasser.“, so Arrecis.

Werner Ochoa, Diplomlandwirt und Universitätsprofessor stimmt mit der Expertin überein und fügt hinzu, dass es bezüglich des genetischen Materials sehr kompliziert ist, zu wissen, ob der LandwirtIn eine patentierte Samenart nutzt, da diese Samen eben auch durch Wind oder Insekten transportiert werden. „Der Pollen kann auf die eine oder andere Weise zu den traditionellen Samen gelangen und die Firmen können - unter dem Schutz des Gesetzes - diese Ernten für sich beanspruchen. Es gibt tatsächlich bereits dokumentierte Fälle in den USA und in Kanada“, versichert Ochoa.

Aura Elena Suchini, Koordinatorin der Abteilung Pflanzengenetische Ressourcen des Instituts für Agrarwissenschaft und -technologien, unterstützt die Meinung der ExpertInnen und versichert, dass „die Kontaminierung oder Bestäubung durch verbesserte Samen möglich ist, da der Pollen von Mais und anderen Pflanzen durch den Wind oder Insekten verbreitet wird. Wenn also eine andere Anbaufläche in der Nähe ist, könnten die angebauten Pflanzen von anderen Maispflanzen bestäubt werden. [...] Um das zu verhindern, müssten diese Felder weit abgelegen liegen. Wenn sie nicht möchten, dass andere LandwirtInnen Kontakt mit ihren Samenarten haben, müssten sie sich isolieren. Nur dann könnte man davon ausgehen, dass ihre Samen sich nicht mit denen anderer Felder kreuzen“, erklärt Suchini.

Marco Vinicio Cerezo, Präsident des Nationalen Vereins der NGOs für Natürliche Ressourcen und Umwelt (Asorema), versicherte, dass die Verabschiedung solcher Normen „viel schlimmere Konsequenzen hätte als anfänglich gedacht. [...] Wir weisen auf die gefährlichen Folgen für die Nahrungsmittelsicherheit und die Konservierung der Biodiversität des Landes hin.“ Cerezo fügte hinzu: „Es ist wichtig, dass die Bevölkerung weiss, dass das Gesetz einen Artikel beinhaltet – Art. 52 – der erlaubt, die bekannten Arten zu registrieren. Das eröffnet die Möglichkeit, die jeweilige Pflanzenart registrieren und damit patentrechtlich schützen zu lassen“.

Damit, so Cerezo, führt das Gesetz zur Privatisierung der genetischen Ressourcen des Landes. Das wiederum setzt die BäuerInnen auf kurze Sicht der Unsicherheit der Preisspekulationen, des Samenmangels und erneuter Nahrungsmittelkrisen aus.

Auch dem Komitee der bäuerlichen Einheit (CUC) stösst das Gesetz auf, da es „einem Beginn der Privatisierung aller Ressourcen gleichkommt“. „Wir können nicht erlauben, dass in Kürze die einheimischen Samenarten eliminiert und wir von genetisch veränderten Samen abhängig sein werden. Wir sind gerade dabei, zu überlegen, welche rechtlichen Schritte wir unternehmen werden, um das Gesetz ausser Kraft zusetzen“, erklärte Daniel Pascual, Koordinator des CUC. Er geht ausserdem davon aus, dass die Norm - aufgrund der Unmöglichkeit, Zugang zu Nahrungsmitteln zu bekommen, in Zukunft für noch mehr Konflikte sorgen wird.

Aber nicht nur die KleinbäuerInnen und Indigene-Gemeinschaften sind betroffen. Mario Itzep, Koordinator der Beobachtungsstelle für indigene Rechte, versicherte, dass „das ganze Land die Konsequenzen bezüglich der Nahrungsmittelsicherheit zu spüren bekommen werde“. Auch seine Organisation werde vor Gericht ziehen, denn das „Gesetz verletzt die Rechte der Indigenen Völker und erlaubt eine ungerechtfertigte Nutzung vom Samen, die das Produkt der einheimischen Kulturen sind“, sagte Itzep. (EP)

## Das Ende der Internationalen Adoptionen

**Guatemala, 27. Aug.** Die Direktion des Nationalen Rats für Adoptionen (CNA) gibt bekannt, dass nur noch 27 Fälle von internationaler Adoption in Bearbeitung seien. Und auch diese sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden, was dann dem Ende der internationalen Adoptionen in Guatemala gleichkommt. Am Anfang, nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über Adoptionen, welches 2007 in Kraft gesetzt wurde und internationale Adoptionen ausschliesst, waren es noch mehr als 400 Fälle, die es zu bearbeiten gab. Sieben Jahre später sind die meisten geklärt, die Verzögerungen in den restlichen 27 Adoptionsfällen, deren Prozess bereits vor 2007 begonnen hatte, sind auf gerichtliche Einsprüche zurückzuführen. Aktuell werden ausschliesslich nationale Adoptionen durchgeführt.

### Die aktuelle Lage

Der CNA präsentierte in einer Pressekonferenz, an der auch der Nationale Rat für Betreuung von Personen mit Behinderungen (Conadi) teilnahm, das Adoptionsprogramm CREERÉ, welches Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen zusammenbringt. María José Ortiz, Direktorin des CNA, betonte die Wichtigkeit, das guatemalteckische Volk über das Thema zu sensibilisieren und dass auch die Kinder mit speziellen Fähigkeiten ein Zuhause brauchen.

Normalerweise möchten Familien, die an einer Adoption interessiert sind, ein Baby oder noch sehr junges Kind adoptieren. Die Vermittlung von älteren Kindern ist sehr schwierig, wie auch die der Kinder, die am Programm CREERÉ teilnehmen. Die meisten von ihnen sind älter als sieben Jahre. „277 Kinder, die legal adoptiert werden können, nehmen am Programm teil. Davon haben 66 Kinder spezielle Bedürfnisse“, informierte Ortiz.

Wenn jemand ein Kind adoptieren möchte, so muss er/sie erst einmal an einem Informationsgespräch des CNA teilnehmen. Dort wird mitgeteilt, welche Schritte ein Adoptionsprozess verlangt und welche gesetzlichen Vorschriften befolgt werden müssen, um ein Kind aufzunehmen.

### Kurzer Rückblick auf den Hintergrund des Gesetzes: Pro und Kontra

Laut einem Artikel von Mary Anastasia O'Grady gab ein Sprecher des CNA bezüglich des Verbots internationaler Adoptionen an, dass es jährlich tausende von diesen Adoptionen gegeben habe und Guatemala regelrecht ein Kinderexportland geworden war. Fast 92% dieser adoptierten Kinder gingen in die USA. Einige der Kinder waren aber nicht legal adoptiert, sondern geraubt worden. Die Polizei erhielt in diesen Jahren pro Monat um die 50 Anzeigen wegen vermisster Kinder.

Vor 2008 war die Anzahl der Kinder, die im Ausland ein neues Zuhause fanden, extrem hoch für ein so kleines Land wie Guatemala. Man zählte in etwa 4.500 Adoptionen pro Jahr während der letzten beiden Jahren vor Verabschiedung des Gesetzes. Dies, so Inés Ayau, Nonne und Direktorin eines Kinderheims, war sozusagen ein Rekordhoch kurz vor Ende der Adoptionsfreiheit. Im Durchschnitt wären es wohl zwischen 2.500 und 3.000 Adoptionen jährlich gewesen. Diese hohe Anzahl war darauf zurückzuführen, dass die einfachen Regelungen es für internationale Adoptiveltern leicht machten, ein guatemalteckisches Kind zu adoptieren. Hinzu kommt, dass die Abtreibung in Guatemala illegal ist. Bezüglich des Kinderraubs gab es Ermittlungen durch die CICIG. Eine Tatsache ist auch, dass viel Korruption mit im Spiel war. All dies spricht also für das Gesetz.

Auf der anderen Seite gab es viele private Initiativen, die Kinder von der Strasse holten und versuchten, sie in einer Familie unterzubringen. Die Möglichkeiten dazu sind seit 2008 begrenzt, weshalb verlassene Kinder öfter in staatlichen Einrichtungen landen, die nicht immer ausreichend Möglichkeiten für die Kinder bieten. Der aktuelle Prozess für die Vermittlung von Adoptionen ist sehr langwierig und dauert oft mehrere Jahre. Nationale Adoptionsanfragen sind gering, internationale nicht zulässig. Auch lässt das Gesetz es nicht zu, dass jemand, der das Kind kennt, es adoptieren darf, oder dass die zukünftigen Eltern ihr Kind auswählen dürfen.

Insgesamt betrachtet sind Adoptionen ein schwieriger Prozess, der die Rechte der Beteiligten, vor allem der Kinder, schützen muss, was zu einem langwierigen Verfahren führt. Fakt ist, dass es eine beachtliche Anzahl von Kindern gab, deren Eltern zur Adoptionsfreigabe gezwungen oder denen das Kind geraubt wurde, und dass das neue Gesetz diesem Einhalt gebietet. Private Netzwerke und Angestellte des öffentlichen Dienstes unterschiedlichster Ebenen beteiligten sich an diesem Geschäft. Ein öffentliches Eingreifen war unumgänglich geworden, um diesen illegalen Machenschaften Einhalt zu gebieten.

(EP, <http://lat.wsj.com/news/articles/SB10001424127887323807004578282401870479678?tesla=y>, <http://cicig.org/index.php?mact=News.cntnt01.detail.0&cntnt01articleid=65&cntnt01returnid=67> )

## Waldemar Lorenzana bekennt sich des Drogenhandels schuldig

**Guatemala, 19. Aug.** Waldemar Lorenzana, der mit dem mexikanischen Drogenboss Joaquín el Chapo Guzmán in Verbindung steht, erklärte sich in einem Washingtoner Gericht für schuldig, Tonnen von Kokain in den Vereinigten Staaten von Amerika in Umlauf gebracht zu haben, wie das dortige Justizministerium bekannt gab. Der 74-jährige sprach von 450 Tonnen Kokain. Ein Datum für die Urteilsverkündung wurde bis dato nicht gegeben.

Robert Patterson, Spezialagent der US-Antidrogeneinheit (DEA) sagte aus, „dass Mitglieder der Familie Lorenzana jahrelang straffrei mit Kokain in den USA handelten“.

Laut der Anklage arbeiteten Lorenzana und drei seiner Söhne während der Jahre 1996 bis 2009 mit den Drogenkartellen von Kolumbien und Mexiko zusammen. Die Frachten kamen in Booten und Flugzeugen aus El Salvador und Guatemala und wurden in verschiedenen Städten der USA umgeschlagen, so die Mitteilung des Justizministeriums.

Lorenzana, alias 'el Patriarca', wurde 2011 festgenommen und im März 2014 an die USA ausgeliefert, während zwei seiner Söhne auf ihre Auslieferung in Guatemala warten. Ein weiterer ist flüchtig.

In Guatemala breiteten sich mächtige mexikanische Kartelle aus, darunter die Sinaloa unter ihrem nunmehr verhafteten Capo Joaquín 'el Chapo' Guzmán, und die Zetas, die mit lokalen Capos zusammenarbeiten und an der mexikanisch-guatemalteken Grenze operieren.

Der Staat schätzt, dass in etwa 50% der fast 6.000 jährlichen durch Gewalt verursachten Todesopfer den Aktivitäten des Drogenhandels und den Kämpfen zwischen den Pandillas, den Gangs, zuzuschreiben sind.

Örtliche Ermittlungen ergaben, dass Lorenzana Lima sich mit den Drogenbanden, die durch den im März 2008 ermordeten Juan José León Ardón, alias 'Juancho', geführt wurden, zusammensetzen. Der Ermordung des Capos folgten Auseinandersetzungen mit der kriminellen Vereinigung der Zetas.

Lorenzana Lima hatte ebenfalls Verbindungen mit der Gruppe um Horst Walther Overdick Mejía, alias el Tigre, welcher in Cobán, Departement Alta Verapaz, den Drogenhandel bestimmte und 2012 an die USA ausgeliefert wurde. (EP)

### Mit dem nächsten Heft wird ¡Fijáte! 20!

Mitte September 1994 erschien ¡Fijáte! zum ersten Mal. Für ein Menschenalter jung, für eine Zeitschrift auch?

Viele von Euch, liebe LeserInnen, sind uns schon lange treu.

Fällt Euch zu 20 Jahren ¡Fijáte! etwas ein - Geschichten, Anekdoten, die schönste Nachricht, die traurigste? Wenn ja, dann sendet uns doch eure Gedanken bis zum 15. September 2014.

Und wenn es so kurzfristig nicht klappt, finden wir auch später noch ein Plätzchen im Heft!

Es wäre schön, von Euch eine Rückmeldung zu erhalten.

Für die Redaktion: Wiebke und Stephan

#### ¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

#### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

**Abo in der Schweiz:** Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6